

Sebastian Beck, Dr. Frank Jost

Die Neuvermessung des vhw

Bericht vom vhw-Verbandstag 1./2. Oktober 2009 in Frankfurt am Main

Wie kann der vhw in Sachen Bürgergesellschaft neu vermessen werden? Ein erster Schritt in diese Richtung war mit der zum Verbandstag vorliegenden „vhw Roadmap“ bereits getan. Dabei hat der Verband nicht weniger vor, als ein neues Miteinander in der Stadtgesellschaft zwischen Bürgern, Wirtschaft und Staat zu organisieren, auf diese Weise einen für alle Beteiligten erkennbaren Mehrwert – einen „Public Value“ – zu erzeugen und seine Forschungsprojekte und Verbandsaktivitäten auf dieses zentrale Vorhaben hin auszurichten. Für den vhw bedeutet dies, die Stadtgesellschaft neu zu vermessen und die soziale Stadt neu zu gestalten – so auch der Titel des diesjährigen Verbandstags.

Probleme und Chancen eng beieinander

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einem Grußwort von **Frau Dr. Nargess Eskandari-Grünberg**, Stadträtin für Integration der Stadt Frankfurt am Main. Sie begrüßte die Frage des vhw danach, was denn die Stadtgesellschaft ausmacht



Abb. 2: Eröffnung des Verbandstages durch Frau Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, Stadträtin für Integration der Stadt Frankfurt am Main

und wie verschiedene gesellschaftliche Milieus mit und ohne Migrationshintergrund zusammenleben können. Menschen aus 180 Nationen leben in Frankfurt am Main. „Probleme und Chancen liegen eng beieinander“, so Eskandari-Grünberg. Ziel müsse sein, beim Zusammenleben in der Stadt Integration, Chancengleichheit und Gleichberechtigung für alle zu gewährleisten. Dafür brauche es eine Vorstellung davon, wie



Abb. 1: Höhepunkt eines jeden Jahres: der Verbandstag des vhw

wir mit den Unterschieden in der Stadtgesellschaft umgehen. Dazu existieren bereits sehr konkrete Vorstellungen. Eine Stunde nach ihrem Grußwort stellte sie den Entwurf des neuen Integrations- und Diversitätskonzeptes der Stadt Frankfurt am Main vor.¹

Reinhart Chr. Bartholomäi ging im Anschluss daran, die Neu- bzw. Revermessung des vhw zu konkretisieren, jenseits von Ordoliberalismus und Interventionsstaat, und jenseits einer Steuerung, die nur von oben oder von unten geschieht (vgl. Beitrag in diesem Heft ab Seite 237). Er erinnerte daran, dass heute an die Stelle von in Staaten eingebettete Märkte in Märkte eingebettete Staaten getreten sind. Deshalb gehe es um das Finden neuer Regelungsprinzipien zwischen Staat, Markt, aber auch Bürgern – um Governance. Die Stadt und die Region seien hierbei die wichtigsten und am besten zu gestaltenden politischen Räume. „Es bezieht sich alles auf die Stadt“, so Bartholomäi. Und genau dort sei der Ansatzpunkt des vhw, mit dem Ziel, die Demokratisierung des Handlungsfelds Wohnen und Stadtentwicklung voranzutreiben. Der Part des Verbandes liege hier vor allem im praktischen Bereich, im Einbringen von Instrumenten, Ideen und Fortbildungsangeboten, um sich der Herausforderung dieser Aufgabe zu stellen. Dabei geht es auch um das Aufzeigen von soziokulturellen und motivationalen Ressourcen für eine weitere Demokratisierung. Die Kompetenz des vhw ist hier besonders die Milieuforschung, in Bezug auf die Mehrheitsbevölkerung und mit der Studie Migranten-Milieus auch in Bezug auf die Bewohner mit Migrationshintergrund. Bartholomäi legt bei dem Vorhaben, im Bereich Wohnen und Stadtentwicklung neue Regelungsstrukturen und mehr Mitbestimmung voranzutreiben, aber auch einen machttheoretischen Realismus nahe.

Das Novum des diesjährigen Verbandstages war mitunter, dass es eine regere Diskussion mit den Teilnehmern gab. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst von **Anke Bruns**, die auf sehr erfrischende Art und Weise die Moderation der Veranstaltung übernahm. Kommunikation war ein zentraler Bestandteil der Tagung, neben der Moderation auch in Form der stattfindenden Podiumsdiskussionen und der Arbeitsgruppen des zweiten Veranstaltungstages. Man sieht: Der Verband wandelt sich nicht nur inhaltlich.

¹ Unter www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de steht dieses auch online zur Debatte.



(Fotos: Metscher)

Professor Dr. Stefan Hradil von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ging mit der Fragestellung „Was macht Stadtgesellschaft aus? Herausforderungen an Milieus, Integration und Gerechtigkeit“ schließlich in medias res: *Was ist die soziale Stadt?* – so seine Eingangsfrage. Selbstverständlich mehr als eine Ansammlung von Häusern. Die soziale Stadt ist ein soziales Beziehungsgeflecht von Menschen. Ein Beziehungsgeflecht von Menschen, die hoffen, in der Stadt besser leben zu können als anderswo.



Abb. 3: Professor Stefan Hradil: Die Milieus werden ungleicher und grenzen sich noch mehr voneinander ab

Auf der Suche nach einer neuen „Ich-Wir-Balance“

Die zentrale Herausforderung der Stadtgesellschaft sei es aber, die soziale Stadt auch zu einer Stadt im Sinne der Menschenfreundlichkeit zu machen. Dabei benennt Hradil soziale Trends, in deren Gestaltung die Zukunftsaufgabe der Stadtgesellschaft liegt. Das ist zum Beispiel die Erosion herkömmlicher sozialer Bindeglieder – die Erosion dessen, „was uns dazu bewegt von der ‚deutschen‘ Gesellschaft zu reden“, so Hradil. Es gebe nicht mehr länger eine einheitliche Kultur, eine einheitliche Sprache oder eine einheitliche Religion. Er konstatiert hier ein „Gemeinschaftsdefizit“, das die Menschen in Eigenregie aufzufüllen versuchen, mit Gemeinschaftsbeziehungen im Nahfeld. Als weitere wichtige Trends benennt er auf ökonomischer Ebene die Zunahme von sozialer Ungleichheit und eine Stagnation des heutigen Wohlstands, auf demografischer

Ebene die Zunahme alter Menschen an der Bevölkerung sowie einen Rückgang der Bevölkerungszahl und auf politischer Ebene den weiteren Rückgang des Sozialstaats, wenn auch der regulierende Staat wohl an Kraft behalten werde.

Die Stadt beschreibt er auch als Zentrum des sozialen Wandels. Ein wichtiger Trend sei in dieser Beziehung das perspektivische Ende der Erlebnisgesellschaft. Insbesondere in den jüngeren Jahrgängen würden Selbstverwirklichungswerte an Bedeutung verlieren, während Ordnungs-, Sicherheits- und Gemeinschaftswerte an Relevanz gewinnen. Hradil spricht hier von der Suche nach einer neuen „Ich-Wir-Balance“. Was bedeuten diese sozialen Trends für die Stadt? Er benennt hier drei Punkte:

- Die Familie werde an Bedeutung gewinnen, weil sie objektiv mehr gebraucht und subjektiv mehr gewünscht werde,
- Nachbarschaften und Netzwerke würden wichtiger werden, als Reaktion auf erodierende soziale Bindeglieder,
- und die Menschen würden auch weiterhin versuchen ihre Lebensentwürfe zu realisieren, gemeinsam mit anderen, entlang sozialer Milieus, deren Kenntnis deshalb von zentraler Bedeutung für die Gestaltung der Stadtgesellschaft sei.

Aus der Milieuperspektive beschreibt Hradil für die Stadtgesellschaft zwei große Entwicklungen. Die Milieus werden ungleicher, sie werden stärker zwischen den oberen und unteren Statuspolen differenzieren. Die Milieus werden aber auch unterschiedlicher und sich stärker voneinander abgrenzen, auch im geografischen Raum der Stadt. Handlungsperspektiven für die Stadtgesellschaft sieht er hier in vier Aspekten: im Schlagen von Brücken über die Milieugrenzen hinaus, im Installieren von Anziehungspunkten wie Festen oder Gebäuden, im Errichten von Membranen, die Neugier aufeinander erwecken, und in der staatlichen wie auch bürgergesellschaftlichen Kompensation von Statusunterschieden.

Brauchen wir einen deutschen Obama?

Kerstin Plehwe, Publizistin und Beraterin für Politik und Wirtschaft aus Hamburg, ergriff nach der Mittagspause die Gelegenheit, die Frage nach der Koordination der Stadtgesellschaft unter dem Titel „New Leadership in Zeiten von Governance und Barack Obama“ zu stellen. Sie ist Autorin des Bu-

ches „Von der Botschaft zur Bewegung“, das sich mit dem neuen Kommunikations- und Führungsstil von Barack Obama beschäftigt. Dem vhw machte sie Mut, seine Orientierung am Leitbild der Bürgergesellschaft beizubehalten: „Change can happen, Veränderung kann passieren, wenn sie herbeigeführt wird“, so Plehwe.

In dem erfolgreichen Wahlkampf von Barack Obama seien Strategien, die auch für die Verbandsarbeit des vhw Perspektiven aufzeigen können. Dazu gehört mit dem Schlagwort des „New Leadership“ die Bereitschaft, seine Kommunikation zu verändern:

- in Bezug auf die Enge und Weite der Schwerpunkte der eigenen Arbeit,
- in Bezug auf das Thema Service,
- in Bezug auf die Frage nach dem Setzen auf eigene Stärken und der Suche nach Allianzen und
- in Bezug auf die Frage nach dem Umgang mit dem Thema Transparenz und Offenheit zu den eigenen Aktivitäten und Vorhaben.

Plehwe empfiehlt dem vhw mitunter auch einen Mut zur Marke, Authentizität, zuzuhören (im Sinne von *ich möchte lernen*) und einzubeziehen, Community Building und eine Kommunikation, die so direkt ist wie möglich.

Wie also kann der vhw von Obama lernen? Plehwe betont hier drei Momente. Erstens: Regeln könne man außer Kraft setzen, wenn sie jemand außer Kraft setzt. Zweitens: Dieses Außerkräftsetzen von Regeln könne jeder tun, der an dem Prozess beteiligt ist. Im Handlungsfeld Wohnen und Stadtentwicklung gilt dies für Politik, Verbände wie Bürger. Drittens: Engagement kommt nicht von alleine. Es benötigt die richtigen Tools für die richtigen Zielgruppen. Prinzipiell gelte dabei, dass Engagement so einfach und so erfolgreich sein müsse, dass dessen Mehrwert sichtbar werden könne.

Das Unternehmen als Bürger

Professor Dr. Dr. Sebastian Braun von der Humboldt-Universität zu Berlin beschäftigte sich mit der Frage, warum die Stadtgesellschaft gemeinwohlorientierte Unternehmen braucht. Dabei griff er den zuvor von Professor Hradil angesprochenen Trend einer tendenziellen Zunahme von sozialen Ungleichheiten und die Notwendigkeit kompensatorischen Handelns auf Seiten von Stadt, Unternehmen und Bürgergesellschaft auf. Selbstverständlich könnten Unternehmen hier eine entsprechende Rolle wahrnehmen. Unternehmerisches Engagement in der Gesellschaft sei aber auch allgemein vor dem Hintergrund der Perspektive staatlichen Handelns interessant.

Prinzipiell hielt er fest, dass sich der Großteil der Unternehmen in Deutschland bereits gesellschaftlich engagiere. Allerdings, und das sei typisch für Deutschland, meist aus einer traditio-

nellen lokalen Perspektive heraus. Corporate Citizenship, das Unternehmen als Bürger, zeichne sich aber gerade dadurch aus, dass das Engagement entlang der Kernkompetenz des Unternehmens, aber jenseits des Kerngeschäftes liege. Die einfache gesellschaftliche Beteiligung von Unternehmen begreift Braun nüchtern als das Mäzenatentum einer guten Gesellschaft. Den Sprung zum Corporate Citizenship gilt es für die Masse der Unternehmen also noch zu unternehmen. Diesem Corporate Citizenship weist Braun aber ein rhizomartiges Wachstum neben dem Miteinander von Staat, Markt und drittem Sektor zu. Es stehe für eine neue intermediäre Form der Regulierung, die für eine Kombination von weniger Staat, aber durchaus mehr Politik liege.



Abb. 4: Diskussionsrunde mit Klaus Riegert, Dr. h.c. Herbert Schmalstieg, Ute Kumpf und Heinrich Böckelühr (v.l.n.r.)

Eine Podiumsdiskussion zur Frage „Wie wird Verantwortung geteilt?“ schloss den inhaltlichen Teil des ersten Tages ab. Dabei wurden die unterschiedlichen Sichtweisen der politischen Bundesebene, vertreten durch die MdB **Ute Kumpf**, SPD und **Klaus Riegert**, CDU, und der kommunalen Praxis, vertreten durch **Dr. h.c. Herbert Schmalstieg**, ehemaliger Oberbürgermeister von Hannover, und **Heinrich Böckelühr**, Bürgermeister der Stadt Schwerte/Ruhr deutlich. „Es geht am Ende immer ums Geld“, brachte Böckelühr die Diskussion aus der Sicht einer 45.000-Einwohner-Stadt auf den Punkt, und: „Je kleiner eine Gemeinde ist, desto innovativer muss sie sein, um etwa um Fördermittel konkurrieren zu können.“ Das anschließende Abendprogramm mit einer Lesung der deutsch-türkischen Schriftstellerin **Yadé Kara** und musikalischen Impressionen der Pianistin **Monica Gutman** brachte jedoch alle wieder an einen Tisch.

Der zweite Tag: Wozu brauchen wir den vhw?

Der Einstieg in den zweiten Tag wurde durch **Anke Bruns** im Gespräch mit **Yadé Kara** übernommen. Anknüpfend an die Lesung vom Vorabend ging es dabei um das Aufwachsen

im damaligen West-Berlin², das Lebensgefühl in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft sowie die Zusammensetzung von Stadtgesellschaften in europäischen Großstädten. Den Schwerpunkt des Freitagvormittags bildete jedoch die Frage „Wozu brauchen wir den vhw bei der Neuvermessung der Stadtgesellschaft?“, die in drei unterschiedlichen Arbeitsgruppen aus der Perspektive der Wohnungswirtschaft, der Zivilgesellschaft und der Kommunen diskutiert wurde. Nach einer einleitenden Vorstellung der Arbeitsgruppen durch Einstiegs-Inputs von **Peter Stubbe**, Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH, **Dr. Petra Potz**, location³, Berlin, und **Dr. Peter Kurz**, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, formulieren die drei Arbeitsgruppen Anforderungen an den vhw, welche Rolle der Verband künftig in der Diskussion um die Bürger- und Stadtgesellschaft spielen sollte.

Von der Beteiligung zur Mitwirkung

Die Arbeitsgruppe der Wohnungswirtschaft setzte die Schwerpunkte auf die Themen „Nachhaltigkeit“ (etwa die Entwicklung von Standards für Nachhaltigkeitsberichte), Transfer von Wissenschaftsinhalten in die Fortbildung (Praxisorientierung etwa durch Nutzbarmachung der Milieuforschung auch für kleinere Wohnungsunternehmen) sowie der Ausweitung des Bereichs Wohnungswirtschaft auf weitere relevante Wirtschaftsgebiete. Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive sollte der vhw verstärkt auf ein verändertes Kooperationsverhalten der Beteiligten (u.a. durch Coaching der mittleren Verwaltungsebene) hinwirken, „runde Tische von außen“ initiieren sowie



Abb. 5: Auch 2009 wieder eine runde Sache: Das Kulturprogramm zum Verbandstag des vhw

kontinuierliche Beteiligung ermöglichen. Die „kommunale“ Arbeitsgruppe formulierte die Herausforderungen „Wissens-transfer“ mit einer verstärkten Anwendungsorientierung, den Aufbau von Partner-Netzwerken und Bündnissen sowie die



Abb. 6: „Was sagen Sie dazu?“ Monika Hanisch aus Essen mit einem Statement aus dem Publikum

Notwendigkeit, von lediglich „Beteiligung“ zu wahrer „Mitwirkung“ zu gelangen. Insbesondere zum letzteren Punkt steht die Frage nach der Organisation des Prozesses im Raum, welche auch das Infragestellen von Rollenverständnissen umfasst.

Reinhard Chr. Bartholomäi unterstrich in Fortsetzung der theoretischen Wissenschaftsarbeit im Verband die Praxisorientierung als wesentlichen Aufgabenbereich für die Zukunft der vhw-Arbeit. Dabei kommen dem vhw über den Bestand an Mitgliedern auch die vielfältigen Netzwerke zugute, in denen der Verband in den letzten Jahren zunehmend aktiv wurde. Eine der großen Herausforderungen besteht, so **Peter Rohland**, künftiger Vorstand des vhw, in der Politikberatung auch die tradierten Akteure im Handlungsfeld von Wohnen und Stadtentwicklung – etwa der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft und die kommunalen Spitzenverbände – zu überzeugen und in die Netzwerke einzubinden.

Sebastian Beck, Dr. Frank Jost

Wiss. Referenten beim vhw e.V., Berlin

² Vgl. dazu auch den Beitrag von Yadé Kara in Ausgabe 4/09 von Forum Wohnen und Stadtentwicklung